

POLITIK FÜR UNS.

DAS KONZEPT FÜR DAS JUNGE BADEN-WÜRTTEMBERG.

*Leitantrag zum 40. ordentlichen Landestag
der Jungen Union Baden-Württemberg*

Beschluss Landestag am 18. und 19. September 2010

I. POLITIK FÜR UNS.

Baden-Württemberg kann sich sehen lassen. In keinem anderen Bundesland sind die Menschen so zufrieden wie in unserer Heimat im Südwesten. Dies wird durch Umfragen immer wieder gezeigt. Eine wiedererstarke Wirtschaft, sichere Arbeitsplätze, hervorragende Bildungseinrichtungen, eine niedrigere Kriminalitätsrate sowie ein abwechslungsreiches Kultur- und Freizeitangebot sprechen für sich.

Worauf es uns ankommt. Seit fast 60 Jahren schafft die CDU mit ihren Ministerpräsidenten die Rahmenbedingungen für diese beispiellose Erfolgsgeschichte. Als junge Generation erkennen wir die Leistungen der CDU für unser Land an, erwarten aber gleichzeitig, dass sie sich nicht auf den Lorbeeren früherer Erfolge ausruht, sondern mit überzeugenden Konzepten die Landespolitik der kommenden Jahrzehnte prägen will. Für uns, die Generation der heute unter 35-Jährigen, steht dabei besonders viel auf dem Spiel. Wir erwarten vom Baden-Württemberg der Zukunft mehr als nur einen gemüthlichen Lebensabend. Für uns ist es der Ort, an dem wir aufwachsen, zur Schule gehen, in den Beruf starten und eine Familie gründen wollen. Maßgeblich, nicht nur für die Wahlentscheidung unserer Generation, sondern auch darüber hinaus, ist deshalb nicht das Gestern, sondern die Perspektive für das Morgen.

Nachhaltigkeit ist unser Maßstab. Während die Politik der letzten sechs Jahrzehnte zuerst auf den Wiederaufbau unseres Landes, dann auf die gerechte Verteilung des wachsenden Wohlstandes und schließlich auf die deutsche und europäische Einigung ausgerichtet war, liegt die Herausforderung für unsere Generation in der Sicherung und verantwortungsvollen Weiterentwicklung des Erreichten. Unser Maßstab muss es dabei sein, bei der Lösung der Probleme von heute schon an die Auswirkungen von morgen zu denken. Nachhaltige Politik eröffnet langfristig Perspektiven und sorgt für zuverlässige Rahmenbedingungen. Nachhaltige Politik bedeutet für uns deshalb aber auch mehr als nur Klima- und Umweltschutz. Gute, nachhaltige Politik zeichnet sich durch einen Haushalt ohne neue Schulden, eine familienentlastende und -fördernde Gesellschafts- und Bildungspolitik sowie eine faire Lastenverteilung zwischen den Generationen aus.

Fehlentwicklungen verhindern. Am 27. März 2011 entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die Zukunft Baden-Württembergs. Manche werden dabei von traditionellen Parteibindungen geleitet werden, andere ihre Entscheidung vor allem an der aktuellen Stimmungslage ausrichten. Für uns junge Baden-Württemberger kann es an diesem Wahlsonntag jedoch nur darum gehen, diejenige Partei zu stärken, die ohne ideologische Scheuklappen praxistaugliche Konzepte für die Zukunft entwickelt. SPD, Grüne, Linkspartei, die unser Bildungssystem ruinieren und das mehrgliedrige Schulsystem abschaffen wollen, die moderne Infrastrukturprojekte reflexartig ablehnen, die an längst gescheiterten Multi-Kulti-Fantasien festhalten, die noch immer lieber vom Ausgeben als vom Sparen reden und damit die Zukunftschancen unserer Generation zunichte machen, dürfen bei uns in Baden-Württemberg niemals regieren.

Das Beste für uns. Wir plädieren demgegenüber für eine andere Politik; eine Politik, die unsere Interessen im Blick hält. Dazu gehört für uns auch die simple Erkenntnis, dass Politik mit der Betrachtung der Realität beginnt. Nur wer die politische Wirklichkeit akzeptiert, kann Probleme ehrlich benennen und die Kraft zu unbequemen Lösungen finden. Unter Ministerpräsidenten wie Lothar Späth, Erwin Teufel und Günther H. Oettinger hat die CDU die Interessen der jungen Baden-Württemberger stets im Auge gehabt. Sie hat Begriffe wie Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit mit Leben gefüllt. Bei der Fortsetzung dieses Kurses hat Stefan Mappus die volle Unterstützung der Jungen Union. Wir sind davon überzeugt, dass er als junger Ministerpräsident und Familienvater das Vertrauen der jungen Generation verdient. Deshalb wollen wir dafür kämpfen, dass Stefan Mappus Ministerpräsident bleibt und die CDU auch in Zukunft unser Baden-Württemberg regiert und Politik für uns machen kann.

II. POLITIK FÜR UNS: CHANCENGERECHTIGKEIT IN BILDUNG UND ERZIEHUNG.

Die Herausforderung. Betrachtet man allein die nüchternen Zahlen, so steht Baden-Württemberg in der Bildungspolitik nach wie vor gut da. Die Ergebnisse in zahlreichen Vergleichsstudien belegen dies eindrucksvoll. Die Wahrnehmung der Schüler und ihrer Eltern im Land ist jedoch eine andere. Neben Problemen bei der Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums und ständigen Diskussionen über vermeintlich zu hohen Unterrichtsausfall sieht sich das baden-württembergische Schulsystem dem Vorwurf mangelnder sozialer Durchlässigkeit und fehlender Chancengerechtigkeit ausgesetzt. Bedauerlicherweise ist in der öffentlichen Diskussion völlig unklar geblieben, was unter Bildungsgerechtigkeit zu verstehen ist; zu häufig werden dabei Gleichheit und Gerechtigkeit undifferenziert gleichgesetzt. Für uns ist ein Bildungssystem dann gerecht, wenn es die individuellen Begabungen und Potentiale jedes Kindes erkennt, diese fördert und ihm einen dementsprechenden Bildungsabschluss ermöglicht.

Auf den Anfang kommt es an. Keine staatliche Einrichtung kann und soll in den ersten Lebensjahren die Familie als zentralen Erziehungs- und Bildungsort ersetzen. Daher fordern wir die sofortige Einführung eines Betreuungsgeldes in Form eines Chipkartenmodells für Väter und Mütter, die sich dafür entscheiden, ihre Kinder zu Hause zu erziehen. Möglich und in vielen Fällen auch nötig sind aber staatliche Unterstützungsangebote. Dazu zählen für uns Schulungsmaßnahmen wie Eltern-Kind-Kurse ebenso wie öffentliche Betreuungsangebote. Dies erfordert speziell für diese Altersgruppe ausgebildete Pädagogen und schlüssige Konzepte, die die Entwicklung motorischer, kognitiver, sprachlicher und sozialer Fähigkeiten von Beginn an fördern. Um künftig mehr Kleinkindern und Eltern einen Platz in frühkindlichen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen anbieten zu können, plädieren wir für eine bedarfsgerechte Erweiterung aller Betreuungsangebote. Im Anschluss daran halten wir ein flächendeckendes Kindergartenangebot für unumgänglich, das nicht nur der Vermittlung erster Bildungsinhalte dient, sondern die Familien im Land bei der Erziehung ihrer Kinder unterstützt und für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Alltag sorgt. Angesichts der zunehmenden Mobilität der Eltern braucht dies flexiblere Öffnungszeiten sowie die Möglichkeit Kinder auch am Arbeitsort betreuen lassen zu können. Hier sehen wir gerade auch die Unternehmen in der Pflicht.

Fünf ab Fünf. Um die bewährten Konzepte vorschulischer Bildung optimal mit den Lernzielen der Grundschule zu verknüpfen, sprechen wir uns für die Einführung eines verpflichtenden Kinderschuljahres ab 5 Jahren vor der bisherigen Grundschulzeit aus. Dieses erste Jahr in der Kinderschule soll dabei einen behutsamen Übergang vom spielerischen Lernen des Kindergartens hin zur Wissensvermittlung in der Grundschule ermöglichen. Die Kinderschule soll ausreichende Deutschkenntnisse gewährleisten und wird so zum Garant von Schul- und Unterrichtsreife. Genau in dieser frühen Förderung liegt nach unserer Überzeugung der Schlüssel zur Entkopplung von sozialer Herkunft und schulischer Leistung und damit für mehr Chancengerechtigkeit.

Die Weichen richtig stellen. In einem an den individuellen Begabungen der Schüler ausgerichteten Bildungssystem stellt die Grundschulempfehlung eine wichtige Richtungsentscheidung dar. Die Wahl der passenden weiterführenden Schule hat sich daher allein an der Leistungsperspektive eines Schülers und nicht am Geltungsbedürfnis seiner Eltern oder seiner sozialen Herkunft zu orientieren.

Das mehrgliedrige Schulsystem hat sich bewährt. Die grundsätzliche Differenzierung nach Begabungsschwerpunkten sowie eine größtmögliche Durchlässigkeit der Schularten sichert den Schülern in Baden-Württemberg eine an ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten orientierte Schulbildung. Für eine solide Vorbereitung auf das spätere Leben gehören auch Unterrichtseinheiten in den Bereichen Finanzen, verantwortungsvoller Umgang mit Daten, rechtliche Grundlagen und Ernährung dazu. Die hohe Durchlässigkeit des baden-württembergischen Bildungssystems ermöglicht dabei auch „Spätzündern“ einen Abschluss, der sie zum Hochschulstudium befähigt, durch ein vielfältiges Angebot von

106 Bildungsabschlüssen an beruflichen Schulen und Gymnasien, ohne sie in frühen Jahren unnötig zu
107 frustrieren. Gleichzeitig muss der Hauptschulabschluss so gestärkt werden, dass er wieder eine höhe-
108 re gesellschaftliche Anerkennung erfährt und den direkten Einstieg in eine größere Zahl von Ausbil-
109 dungsberufen ermöglicht. Ergänzend fordern wir den Ausbau des Förderunterrichtsangebots, der
110 Hausaufgabenbetreuung an Schulen und der Schulsozialarbeit. Die Finanzierung des Ausbaus der
111 Schulsozialarbeit soll vom Land getragen werden. Wir begrüßen die Reformierung der Hauptschule
112 und halten die frühe Vorbereitung auf eine Ausbildung in der neuen Werkrealschule für ein gutes Mit-
113 tel, den wachsenden Fachkräftemangel wirksam zu bekämpfen. Ein breiter gefächertes Bildungsange-
114 bot im ländlichen Raum ist bei der zukünftigen Bildungspolitik des Landes anzustreben. Des Weiteren
115 fordern wir eine Ausweitung der Berufsorientierung an allen Schulen.
116

117 **Bildung verbessern- Anreize schaffen.** Die Junge Union vertritt den Standpunkt, dass auch im Bil-
118 dungsbereich eine enorme Herausforderung besteht eine effiziente Evaluation des Lehrpersonals zu
119 ermöglichen. Ähnlich der universitären Praxis darf es kein Tabu darstellen, den Lehrer anhand von
120 anonymen Bewertungsbögen zu evaluieren. Im Folgenden sollte mit Hilfe von Bewertungsskalen ein
121 innerschulischer Vergleich des Lehrpersonals ermöglicht werden um damit Transparenz und Anreize
122 zu generieren. Bei besonderer Leistung einzelner Lehrfachkräfte ist an ein Entlohnungssystem zu
123 denken, das die jeweilige Leistung honoriert. Inwieweit die Ergebnisse den Schülern offen zu legen
124 sind bleibt dabei der jeweiligen Leitung der Bildungseinrichtung selbst überlassen.
125

126 III. POLITIK FÜR UNS: EXZELLENZ IN WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE. 127

128 **Die Herausforderung.** Eine lebendige und vielfältige Hochschullandschaft, die meisten Universitä-
129 ten der Exzellenzinitiative, unzählige Forschungseinrichtungen von nationalem und internationalem
130 Rang sowie die Entwicklungsleistungen zahlreicher Unternehmen von Weltrang haben in den vergan-
131 genen Jahrzehnten die Exzellenz des Wissenschafts- und Technologiestandorts Baden-Württemberg
132 bewiesen. Das Problem unseres Landes ist nicht die Menge an Wissenschaftlern, sondern die häufig zu
133 zögerliche Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Praxis und damit einhergehend der Verlust
134 wirtschaftlicher Wachstumsdynamik.
135

136 **Exzellenz als Maßstab.** Baden-Württemberg darf sich auf den Erfolgen der vergangenen Jahrzehnte
137 nicht ausruhen. Angesichts des immer härter werdenden internationalen Wettbewerbs um Innovatio-
138 nen und Technologien wird das Land nach Möglichkeiten suchen müssen, seine hohen Ausgaben für
139 Hochschule und Wissenschaft mindestens zu halten. Wir plädieren daher für eine langfristige Struk-
140 turreform der baden-württembergischen Hochschullandschaft mit dem Ziel, das bisherige Wissen-
141 schaftssallerlei an allen Standorten durch einzelne Exzellenzcluster zu ersetzen.
142

143 **Wirtschaft und Wissenschaft verbinden.** Zentrale Herausforderung jedes Exzellenzclusters wird es
144 sein, die wissenschaftlichen Ergebnisse möglichst nahtlos in praxistaugliche Technologien umzuset-
145 zen, ohne jedoch zentrale Aufgaben der Universität, bspw. die Grundlagenforschung, zu vernachlässi-
146 gen. Bei einer Profilbildung von Hochschulstandorten muss bei der Wahl der jeweiligen örtlichen Ex-
147 zellenzfelder einerseits die bereits vorhandenen Unternehmen berücksichtigt werden, andererseits
148 aber auch die Gründung junger Start-Ups forciert werden. Nur wenn junge Wissenschaftler direkt von
149 der Forschung auch in die Entwicklung wechseln können, wird es gelingen, die technologische Dyna-
150 mik im Südwesten wieder zu steigern. Besondere Potentiale liegen dabei nach der aktuellen McKin-
151 sey-Studie für die Landesregierung in den Feldern „Nachhaltige Mobilität“, „Umwelttechnologie und
152 Ressourceneffizienz“, „Gesundheit und Pflege“ sowie „Embedded Systems und IT-Dienstleistungen“.
153 Dies gilt es besonders zu fördern.
154

155 **Offen für Neues.** Will Baden-Württemberg auch in Zukunft das Land der Denker und Tüftler sein,
156 so muss sich dies auch in der gesellschaftlichen Grundstimmung widerspiegeln. Wo heute Zukunfts-

157 angst und Bedenkenträgertum regieren, muss wieder Begeisterung für neue Erfindungen und techno-
158 logischen Fortschritt entstehen.

159
160 **Studenten angemessen beteiligen.** Neben allen Strukturfragen ist für unsere Generation auch die
161 Lebenswirklichkeit an den Hochschulen eine entscheidende Frage. Im Zuge des Bologna-Prozesses
162 gilt es deswegen, zahlreiche Umsetzungsfehler wie die zunehmende Verschulung und ausufernde
163 Spezialisierung zu beheben und gleichzeitig international anerkannte Bezeichnungen wie bspw. Den
164 Diplomingenieur als deutsche Übersetzung des „Master of Science“ im Bereich der Ingenieurwissen-
165 schaften zu erhalten. Angesichts der Bedeutung des Lebensraums Hochschule für die Studenten plä-
166 dieren wir zudem für eine maßvolle Erweiterung der studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten.
167 Wir setzen dabei auf das Konzept eines Studentenparlaments anstelle der bisherigen Allgemeinen
168 Studierendenausschüsse und lehnen gleichzeitig verfasste Studierendenschaften mit einer Zwangs-
169 mitgliedschaft und Zwangsgebühren der Studenten ab.

170
171 **Lehrstellen besetzen und Fachkräftemangel verringern.** Ein Ausbildungsplatz ist für alle Schulab-
172 solventen, die nicht studieren, der Schlüssel für die eigenverantwortliche Gestaltung der Zukunft. Um
173 dem Fachkräftemangel durch gute Ausbildung entgegen zu wirken, müssen offene Ausbildungsplätze
174 in der Wirtschaft und bei staatlichen Einrichtungen zur besseren Koordinierung und Bekanntmachung
175 für Interessenten zentral erfasst und betreut werden. Wir fordern daher, eine entsprechende Daten-
176 bank, in der bereits bestehende Portale zusammengeführt werden, offene Stellen zeitnah erfasst und
177 verarbeitet werden, um die Vermittlung effektiver zu gestalten.

178
179 **Finanzielle Lasten fair verteilen.** Wir bekennen uns zum Zehn-Prozent-Ziel in Bildung und Wissen-
180 schaft. Staatliche Mittel werden in Zukunft aber nur einen Teil von Forschung und Lehre ausmachen
181 können. Die Beteiligung Privater in Gestalt von Drittmitteln und Stiftungsprofessuren wird deshalb
182 notwendig sein. Studiengebühren sollen weiterhin zur zweckgebundenen Verbesserung von Studium
183 und Lehre erhoben und eingesetzt werden.

184 185 **IV. POLITIK FÜR UNS: MIGRATION MEISTERN.**

186
187 **Die Herausforderung.** Deutschland und Baden-Württemberg sind längst Einwanderungsländer. Der
188 Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund wird in der jungen Generation schon bald die 50-
189 Prozent-Marke erreichen. Sprachprobleme, kulturelle Anpassungsschwierigkeiten, Bildungsdefizite
190 und andere Begleiterscheinungen dieses gesellschaftlichen Wandels müssen noch stärker die politi-
191 sche Agenda bestimmen. Zeitgleich haben wir uns aber zum Land der Auswanderer entwickelt.

192
193 **Auswanderung als Problem erkennen.** In den letzten Jahren mehren sich die Anzeichen dafür, dass
194 Deutschland nicht nur eine alternde, sondern auch eine ausblutende Gesellschaft werden könnte. Ge-
195 rade leistungsbereite junge Menschen mit Hochschulabschluss vergleichen ihre Möglichkeiten in
196 Deutschland zunehmend mit ihren Chancen in anderen Staaten. Nachdem sie alle Vorteile des deut-
197 schen Bildungssystems genossen haben, sind für sie bei dieser Entscheidung oft Kriterien wie die indi-
198 viduelle Steuer- und Abgabenlast oder möglichst geringe Sozialversicherungsbeiträge ausschlagge-
199 bend. Weitere Gründe für den bereits begonnen „Brain-Drain“ liegen aber auch in attraktiveren For-
200 schungsbedingungen, flexibleren Arbeitsbedingungen, innerbetrieblicher Förderung von Weiterbil-
201 dung oder weniger bürokratischen Entscheidungswegen. Hier gegenzusteuern und damit im Kampf
202 um die besten Köpfe aufzuholen, wird nach unserer Überzeugung eine der maßgeblichen Zukunftsauf-
203 gaben unserer Gesellschaft sein. Um diesen Prozess sinnvoll zu gestalten und Erfolge und Misser-
204 folge zu eruieren, fordern wir die Einrichtung eines Staatsrats für Integration, in dem die Kompeten-
205 zen für die Integrationspolitik im Land gebündelt werden.

206
207 **Fachkräfte ins Land holen.** Will Baden-Württemberg in den nächsten Jahren Wachstumsraten von

208 drei Prozent und mehr erreichen, so wird das Land bis 2020 rund 500.000 qualifizierte Arbeitskräfte
209 zusätzlich brauchen. Eine so riesige Zahl kann nicht nur durch Zuwanderung erreicht werden- dies
210 würde die Integrationsfähigkeit Deutschlands übersteigen und nicht dem Willen der Mehrheit der
211 Deutschen, Zuwanderung deutlich zu begrenzen, entsprechen. Daher müssen die Weiter- und Nach-
212 qualifizierungen von Arbeitskräften oder die verstärkte Einbindung von Frauen und älteren Menschen
213 in den Arbeitsmarkt im Mittelpunkt stehen. Soweit Migration nach Deutschland notwendig und sinn-
214 voll ist, um den Mangel an Fachkräften und Spezialisten in manchem Bereich zu beheben, müssen wir
215 zukünftig auf klare Einwanderung und Integration setzen anstatt wie bislang vor allem eine Zuwande-
216 rung in die Sozialsysteme zuzulassen. Dazu gehören für uns herausragende wissenschaftliche oder be-
217 rufliche Leistungen, nachgewiesene finanzielle Unabhängigkeit, das verpflichtende Erlernen der deut-
218 schen Sprache sowie die erkennbare Bereitschaft zur Eingliederung in den christlich-abendländischen
219 Kulturraum. Im Zuge der Freizügigkeit innerhalb Europas sollte hier auf eine möglichst einheitliche
220 Regelung in Europa hingewirkt werden.
221

222 **Integration braucht Gesellschaft.** Viele Menschen ausländischer Herkunft sind inzwischen in
223 Deutschland heimisch geworden. Sie haben sich erfolgreich integriert und tragen zum Erfolg unseres
224 Staates bei. Es gilt aber auch Migranten, die sich bislang noch nicht in unsere Gesellschaft integrieren
225 konnten oder wollten, künftig verstärkt zu integrieren. Vor allem die Sprachförderung, sei es im Kin-
226 dergarten, in der Schule oder im Rahmen anderer Initiativen, ist für uns der Schlüssel zur dauerhaften
227 Integration und muss daher im Mittelpunkt der Förderprogramme des Bundes stehen. Der Nachweis
228 ausreichender sprachlicher Fähigkeiten muss zukünftig gesetzliche Voraussetzung für ein Bleiberecht
229 sein. Allerdings darf Integration nicht bei der Sprache aufhören. Erst die Vermittlung unseres Werte-
230 systems und unserer kulturellen Gepflogenheiten ermöglicht Migranten sich auch im Alltag in die Ge-
231 sellschaft einzufügen.
232

233 **Klare Grenzen ziehen.** Trotz beachtlicher Anstrengungen und zahlreicher Programme gelingt die
234 Integration nicht in jedem Fall. Dies liegt weniger an den Programmen als an der Bereitschaft der Mig-
235 ranten. Ausländer, die schwer bzw. mehrfach straffällig geworden sind oder bei denen der begründete
236 Verdacht eines verfassungsfeindlichen Engagements besteht, haben ihr Gastrecht in Deutschland
237 verwirkt und müssen konsequent abgeschoben werden. Mögliche Abschiebehindernisse gilt es nicht
238 nur restriktiv auszulegen, sondern auf dem Wege von Vereinbarungen mit den jeweiligen Herkunftslän-
239 dern auszuräumen. Gefahr für eine ausgewogene Migrationspolitik droht aus unserer Sicht in den
240 kommenden Jahren vor allem aus Brüssel. So gilt es die im Rahmen der europäischen Zuständigkeit
241 für die Flüchtlings- und Asylpolitik diskutierte Gleichstellung von Asylbewerbern mit einheimischen
242 Sozialhilfeempfängern zu verhindern, da dies falsche Anreize setzt und eine sinn- und maßvolle Zu-
243 wanderung konterkarieren würde.
244

245 V. POLITIK FÜR UNS: HAUSHALTE SANIEREN UND SCHULDEN ABBAUEN.

246

247

248 **Die Herausforderung.** Mit über 45 Mrd. Euro Schulden hat der baden-württembergische Schulden-
249 stand ein neues Rekordniveau erreicht. Die Städte und Gemeinden im Südwesten stehen zusätzlich
250 mit weiteren fast 6 Mrd. Euro in der Kreide. Zwar hat die Landesregierung in den Jahren 2008 und
251 2009 zum ersten Mal seit Jahrzehnten einen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen können. Seit die-
252 sem Jahr ist Baden-Württemberg, mit verursacht durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, jedoch wie-
253 der auf zusätzliche Kredite in nie gekanntem Ausmaß angewiesen. Die aus der Verschuldung resultie-
254 rende Zinsbelastung in Milliardenhöhe schränkt den Handlungsspielraum der Landesregierung spür-
255 bar ein und verhindert Investitionen in Zukunftsthemen. Wenn wir nicht endlich zu sparen beginnen,
256 wird unserer Generation und der unserer Kinder kein Spielraum mehr für eigene Akzente bleiben.

256

257

258 **Schuldentilgung als Ziel.** Gestaltungsspielräume werden sich in der Zukunft nur dann wieder er-
259 schließen lassen, wenn Baden-Württemberg und die Bundesrepublik Deutschland sich dauerhaft dem
260 Ziel des Schuldenabbaus verschreiben. Dies bedeutet nicht nur im aktuellen Doppelhaushalt rund 2,5
261 Mrd. Euro einsparen zu müssen, sondern erfordert für die Zukunft darüber hinaus jährliche Haus-
262 haltsüberschüsse zur Tilgung der bereits aufgelaufenen Schulden. Als ersten Schritt auf diesem Weg
263 begrüßen wir deshalb die Schuldenbremse im Bund und Land und fordern die Landesregierung auf,
264 sich in Berlin und Brüssel vehement für die Einhaltung des Europäischen Stabilitätspakts zu engagie-
265 ren. Dabei muss über eine Senkung und Deckelung des EU- Budgets nachgedacht werden. Eine EU-
266 Steuer lehnt die Junge Union ab.

266

267

268 **Schlanker Staat - weniger Schulden.** Wenn wir das Ziel des Schuldenabbaus erreichen wollen, führt
269 am Abbau staatlicher Aufgaben und an strukturellen Einsparungen im Landeshaushalt kein Weg vor-
270 bei. Wir wollen dabei keinen Staat, der immer neue Aufgaben an sich zieht, sondern eine öffentliche
271 Hand, die sich auf die Erfüllung ihrer Kernaufgaben konzentriert. Zu diesen Zuständigkeiten zählen im
272 Land in erster Linie die gesamte Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie die innere Sicherheit. Aber
273 auch in diesen Bereichen gilt es, vor allem die kostenintensiven Personalkörper zu verschlanken. So
274 können wir uns bei sinkenden Schülerzahlen eine Anpassung der Lehrerstellenzahl vorstellen. Außer-
275 halb der genannten Kernbereiche sollten die staatlichen Ausgaben und Programme insgesamt auf den
276 Prüfstand gestellt werden. Vor allem die Kunst- und Kulturförderung sollte künftig wieder in die Ver-
277 antwortung der Zivilgesellschaft gegeben werden. In der Justiz plädieren wir für eine Verkürzung des
278 Instanzenwegs. Der Abbau von Mehrfachbefassungen würde nicht nur den Rechtssuchenden helfen,
279 Zeit, Gebühren und Kosten zu sparen, sondern es gleichzeitig ermöglichen, ganz Baden-Württemberg
280 in nur einem Oberlandesgerichtsbezirk zusammenzufassen.

280

281

282 **Transparenz in der Haushaltspolitik.** Der Staatshaushalt gibt seit Jahren nur ein unvollständiges
283 Bild der tatsächlichen Belastung der öffentlichen Hand wieder. Die Verbindlichkeiten von Sonderver-
284 mögen werden genauso unterschlagen wie die immensen Pensionslasten. Wir erwarten von der Lan-
285 desregierung die Einstellung der Kosten für die Altersversorgung in den Landeshaushalt und jährlich
286 Auskunft über die übrigen öffentlichen Verbindlichkeiten im Land. Darüber hinaus fordern wir die
287 vollständige Umstellung der kameralistischen zur doppelten Buchführung.

287

288

289 **Solidarität ist keine Einbahnstraße.** Änderungsbedürftig ist aus unserer Sicht nicht nur die Struktur
290 der staatlichen Ausgaben, sondern auch die der öffentlichen Einnahmen. Ohne das ungerechte Sys-
291 tem des Länderfinanzausgleichs wäre das Land heute schuldenfrei. Die strukturelle Benachteiligung
292 der Menschen und Unternehmen im Südwesten zeigt sich dazu auch in der Struktur der Sozialkassen.
293 Für uns ist deshalb die Abschaffung des Länderfinanzausgleichs sowie die Reform anderer föderaler
294 Ausgleichssysteme ein zentrales Ziel der kommenden Jahre. Darüber hinaus plädieren wir für ein He-
295 besatzrecht der Länder auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer und fordern, zugleich die allein
296 den Ländern zufließenden Steuerarten in deren Gesetzgebungskompetenz zu überführen.

296

297 VI. POLITIK FÜR UNS: LEISTUNGSFÄHIGE VERWALTUNG UND KOMMUNEN.

298

299 **Die Herausforderung.** Verwaltung ist auch heute noch vor allem die Domäne der Länder und
300 Kommunen. Selbst europäische Projekte werden vor Ort umgesetzt und durchgeführt. Dies entspricht
301 den Grundsätzen einer subsidiär aufgebauten Verwaltungsstruktur, die sach- und bürgernahe Ent-
302 scheidungen ermöglicht. Für die Zukunft steht die Landes- und Kommunalverwaltung dabei aus Sicht
303 der jungen Generation vor zwei entscheidenden Herausforderungen. Erstens gilt es, Verfahren zu
304 vereinfachen und zu modernisieren. Zweitens müssen Land und Kommunen ihren Aufgabenbestand
305 kritisch hinterfragen und auf diesem Wege dafür sorgen, dass die Verwaltung schlanker und damit
306 kostengünstiger wird.

307

308 **Bürgernah und unbürokratisch.** Im Kleinen beginnt es mit flexiblen Öffnungszeiten sowie mit der
309 verstärkten Nutzung von E-Government-Lösungen, im Großen braucht es gute und verständliche
310 Gesetze.

311

312 **Aufgaben abbauen und Kosten sparen.** Nur die konsequente Nutzung möglicher Sparpotentiale
313 ermöglicht einerseits Mittel für notwendige neue Maßnahmen umzuschichten und ferner dem großen
314 Ziel unserer Generation, den Landeshaushalt zu sanieren, näher zu kommen. Für uns ergeben sich
315 Sparpotentiale nicht nur in den großen Ausgabeblöcken des Landeshaushaltes, sondern auch in Ein-
316 zelbereichen der Landes- und Kommunalverwaltung. Am Anfang steht dabei der Verzicht auf unnötige
317 Melde- und Genehmigungspflichten. Sparmöglichkeiten würden sich ferner ergeben, wenn in den
318 Verwaltungen künftig Personal kostengünstiger eingruppiert werden würde. Zudem gilt es den Beam-
319 tenstatus zu überprüfen und wo möglich Beamte durch Angestellte zu ersetzen. Wir regen in diesem
320 Zusammenhang beispielsweise an, Routineaufgaben in der Strafverfolgung vermehrt Amtsanwälten
321 statt Staatsanwälten zu übertragen. Im Hinblick auf die Verwaltungsstruktur plädieren wir zusätzlich
322 für punktuelle Behördenfusionen. So ist angesichts der teilweise verwandten Aufgaben eine Ver-
323 schmelzung der Akademie für Umwelt und Naturschutz mit der Akademie für Ländlichen Raum sowie
324 der Landesanstalt für Messung, Umwelt und Naturschutz mit der Landesanstalt für Entwicklung der
325 Landwirtschaft und der ländlichen Räume denkbar. Darüber hinaus sollte das Land auch den Mut auf-
326 bringen, Fehlentwicklungen bei der Verwaltungsreform abzustellen, gescheiterte Projekte wie NSI
327 aufzugeben und den teuren Einsatz externer Berater zu minimieren.

328

329 **Partnerschaft zwischen Land und Kommunen.** Die Gemeinden, Städte und Landkreise Baden-
330 Württembergs sind die den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes am nächsten liegende politische
331 Ebene. Für uns ist es daher selbstverständlich, dass das Land die Interessen der Kommunen wirksam
332 gegenüber dem Bund und der EU vertreten muss. Innerhalb des Landes gehören das Konnexitätsprin-
333 zip und damit der Ausschluss einer weiteren Kostenverlagerung auf die Kommunen zu den tragenden
334 Säulen der Partnerschaft von Land und Kommunen. Um den Kommunen auch in finanzieller Hinsicht
335 Planungsspielraum zu geben, treten wir für einen Pakt mit den Kommunen ein, der allerdings auch das
336 Ziel der Ausgabenreduzierung berücksichtigen sollte. Für nicht überzeugend halten wir jedoch die
337 Ideen der SPD, Kreise und Regierungsbezirke durch die Schaffung großer Regionalverwaltungskreise
338 zu ersetzen.

339

VII. POLITIK FÜR UNS: INFRASTRUKTUR ALS RÜCKGRAT DES LANDES.

Die Herausforderung. Eine moderne Infrastruktur ist die Voraussetzung für ein modernes Baden-Württemberg im 21. Jahrhundert. Für uns bedeutet Infrastrukturpolitik mehr als nur den Erhalt und Bau von Verkehrswegen. Unsere Wissensgesellschaft zeichnet sich eben nicht nur durch körperliche Mobilität aus, sondern ist noch mehr auf digitale Vernetzung angewiesen. Ohne schnelle und sichere Kommunikationswege in allen Teilen unseres Landes wird unsere Generation in Wirtschaft und Wissenschaft kaum den Anschluss an andere dynamische Regionen dieser Erde halten können. Infrastrukturpolitik bedeutet darüber hinaus auch, die Versorgung des ganzen Landes mit Leistungen der Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Nur wenn die zum Leben notwendige Infrastruktur bereitgestellt wird, werden unsere Kommunen auch künftig attraktive Lebensräume für jung und alt sein können.

Baden-Württemberg im Herzen Europas. Das Exportland Baden-Württemberg ist als wirtschaftliches Kraftzentrum in der Mitte des Kontinents auf eine leistungsfähige und moderne Verkehrsinfrastruktur für den privaten und öffentlichen Verkehr angewiesen. Die flächendeckende Erschließung unseres Landes von den Knotenpunkten bis hin in den ländlichen Raum stellt einen entscheidenden Standortvorteil dar. Im Hinblick auf die knappen finanziellen Mittel führt kein Weg daran vorbei, sich beim Straßenbau auf den Erhalt und wenige, überregional bedeutsame Projekte zu konzentrieren. Es ist darauf zu achten, dass Mittel für den Straßenbau gerecht zwischen Ballungsraum und ländlichem Raum aufgeteilt werden. Zur Finanzierung plädieren wir für eine verstärkte Kostenbeteiligung der Nutzer und schlagen die Einführung einer Jahresvignette für PKWs. Im Gegenzug ist die KFZ-Steuer zu kürzen. Bestehende Umweltzonen müssen abgeschafft werden, bzw. weitergehende Sondergenehmigungen für Dieselfahrzeuge, die nicht nachgerüstet werden können, geschaffen werden. Im Bereich des Schienenverkehrs stehen wir uneingeschränkt zum Zukunftsprojekt Stuttgart 21, das die Anbindung des ganzen Landes an die europäischen Hochgeschwindigkeitstrassen sichert und den umweltfreundlichen Regionalverkehr stärkt. Die Verwirklichung von Stuttgart 21 darf jedoch nicht zu Lasten anderer wichtiger Infrastrukturprojekte im Land gehen. Politische Parteien, die sich überwiegend über ihre Blockadepolitik in Zukunftstechnologien oder in Zukunftsprojekten wie Stuttgart 21 definieren, gefährden das Entwicklungspotential unseres Landes. Gerade unsere Generation kann sich diese Politik der Zukunftsverweigerung nicht leisten. Beim Personennahverkehr gilt es, die Kundentreue durch vernetzte Auskunftssysteme und die Einführung eines landesweiten, verbundsübergreifenden elektronischen Fahrscheinsystems zu verbessern. Kaum ausgelastete regionale Busangebote wollen wir durch effizientere Lösungen wie Anruf-Sammel-Taxis, Rufbusse oder Bürgerbusse ersetzen.

Kommunikationswege als Wachstumspfade. Der Ausbau von digitalen Breitbandnetzen zu einem engmaschigen Netz von Datenautobahnen ist für uns die entscheidende infrastrukturelle Herausforderung der kommenden Jahre. Dabei darf vor allem der ländliche Raum nicht abgehängt werden und keine weißen Flecken auf der Landkarte bestehen bleiben. Nicht zuletzt in diesem Zusammenhang schlagen wir ferner vor, beim Ausbau der Hochgeschwindigkeitsnetze auch den Einsatz von Funknetzen stärker zu berücksichtigen. Gerade das Internet als Schlüsseltechnologie für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und der jungen Generation muss dabei gleichberechtigte und neutrale Zugangsmöglichkeiten für Anbieter und Konsumenten bieten. Datenschutzrechtliche Bestimmungen müssen auch im Internet und gegenüber ausländischen Anbietern konsequent um- und durchgesetzt werden.

Daseinsvorsorge sichern. Die verlässliche und preisgünstige Versorgung mit Energie und Wasser sowie eine funktionierende Müllentsorgung gehören für die Menschen zum absoluten Basisprogramm öffentlicher Leistung. Wo immer die Bürger dies wollen, müssen die Kommunen diese Leistungen selbst oder durch ihre Gesellschaften erbringen können. Wir fordern die Landesregierung auf, in Berlin und Brüssel weitere Zwangsliberalisierungen und damit Nachteile für die Verbraucher zu stoppen. Zur Daseinsvorsorge gehört für uns darüber hinaus die ortsnahe medizinische Notfall- und Regelver-

391 sorgung unter Beachtung der gesetzlichen Notfallrettungsfrist von 15 Minuten. Diese Aufgabe kann
392 dort, wo kleinere Krankenhäuser für die kommunalen Träger nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben
393 sind, verstärkt durch ein Kooperationssystem mit den niedergelassenen Ärzten oder die Zusammen-
394 arbeit mit zentralen Großkrankenhäusern wahrgenommen werden. Wir stehen mit Nachdruck für eine
395 Stärkung hausärztlicher Strukturen und für die Schaffung von Anreizen, die es auch für junge Medizi-
396 ner wieder attraktiv macht, sich für die Tätigkeit als niedergelassener Hausarzt zu entscheiden.
397

398 **Für Banken vor Ort.** Gerade für Kleinbetriebe und den Mittelstand führt der Zugang zum Kredit-
399 markt über den öffentlichen Bankensektor. Die Landespolitik steht dabei in der Verantwortung, die
400 LBBW zusammen mit den anderen Eigentümern zu erhalten und wirtschaftlich auf gesunde und stabi-
401 le Füße zu stellen. Dabei wird sich die LBBW auch von einigen ihrer Tochtergesellschaften trennen
402 müssen, um sich auf ihr Kerngeschäft, insbesondere die Förderung des heimischen Mittelstandes, zu
403 konzentrieren und zur Konsolidierung des Landesbankensektors beizutragen. So muss bei einer even-
404 tuellen Veräußerung der LBBW Immobilien GmbH unbedingt darauf geachtet werden, dass hieraus
405 kein Nachteil für Land, aber vor allem die Bürger und Mieter entsteht. Dabei gilt es, das funktionie-
406 rende Geschäftsmodell der Landesbank zu erhalten und den Finanzplatz Baden-Württemberg vor ei-
407 ner Verlagerung von Arbeitsplätzen und Entscheidungsstrukturen zu bewahren.
408

409 VIII. POLITIK FÜR UNS: UMWELT, ENERGIE UND LANDWIRTSCHAFT

410
411 **Die Herausforderung.** Nicht erst seit der Debatte um den Klimaschutz sind ökologische Themen zu
412 Fragen der gesamten Gesellschaft geworden. Vor allem die erheblichen Folgekosten von Naturkata-
413 strophen zeigen eindrucksvoll, dass der Umwelt- und Klimaschutz ein Kernanliegen der jungen Gene-
414 ration sein muss.
415

416 **Die Schöpfung bewahren.** Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlage für die zukünftigen
417 Generationen gehört schon immer zum Kernbestand einer wertorientierten, konservativen Poli-
418 tik. Belange des Umweltschutzes spiegeln sich in vielen Politikfeldern wider. Von der Flächenversiege-
419 lung über den Gewässerschutz bis zur Luftreinhaltung gilt es, ökonomische und ökologische Interes-
420 sen in Einklang zu bringen. Wir setzen deshalb neben gesetzlichen Rahmenbedingungen auch auf
421 marktorientierte Maßnahmen wie beispielsweise den Handel mit Flächenverbrauchszertifikaten unter
422 den Kommunen.
423

424 **Energie sicher und sauber.** Die Menschen und Unternehmen im Land brauchen sichere, preisgüns-
425 tige und saubere Energie. Ein übereilter Verzicht auf klassische Energieträger würde jedoch die Kosten
426 für Unternehmen und Menschen weiter erhöhen und zudem die Abhängigkeit von ausländischen
427 Energielieferungen noch verstärken. Wir bekennen uns deshalb zur Kernkraft als einer CO₂-armen
428 und klimaverträglichen Übergangsform der Energieversorgung. Längere Laufzeiten darf es dabei aber
429 nur geben, wenn die hierdurch erzielten Mehreinnahmen mit mindestens 50% in einen „Zukunfts-
430 Energie-Fonds“ fließen und zur Unterstützung von Forschung und Entwicklung in Bereichen wie der
431 Kernfusion, der regenerativen Energieträger oder moderner Antriebssysteme, sowie der Erforschung
432 eines Endlagers verwendet werden, ein spezieller Fokus ist auf die dezentrale Energieversorgung und
433 die energetische Sanierung der thermischen Gebäudehülle zu legen. Nur durch diese zusätzlichen
434 Mittel werden sich ein fließender Übergang auf regenerative Energieformen und weitere Erfolge bei
435 Energiespartechnologien finanzieren lassen. Dieser fließende Übergang kann durch übergangsweise
436 längere Laufzeiten geschehen, maximal so lange bis regenerative Energien einen Großteil grundlast-
437 fähiger Energieversorgung liefern können. Dabei ist absolute Priorität auf höchste Sicherheitsniveaus
438 zu legen. Bei begründeten Zweifeln sind die entsprechenden Kraftwerke sofort abzuschalten. Hierin
439 liegt auch eine Chance für das Technologieland Baden- Württemberg.
440
441

442 **Perspektiven für Landwirte.** Auch wenn unsere Landwirte vielfältige Leistungen zur Pflege unserer
443 einzigartigen Kulturlandschaft erbringen, sehen wir die Landwirte doch in erster Linie als selbständige
444 Unternehmer und verbrauchernahe Nahrungsmittelproduzenten. Um abseits der Nahrungsprodukti-
445 on weitere Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, treten wir im Zuge der zunehmenden Bedeutung
446 nachwachsender Rohstoffe dafür ein, stillgelegte Agrarflächen zur Gewinnung energiereicher Nutz-
447 pflanzen zu reaktivieren oder die bäuerlichen Betriebe bei der Erschließung touristischer Einnahme-
448 quellen wie „Ferien auf dem Bauernhof“ zu unterstützen. Im Gegenzug sollten Agrarsubventionen re-
449 duziert werden, mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Produktion.

450
451 **Auf Verbraucherwünsche eingehen.** Viele Verbraucher sind heute bereit, für gesunde Produkte aus
452 ihrer Region einen angemessenen und für die Landwirte auskömmlichen Preis zu bezahlen. Die Politik
453 sollte den landwirtschaftlichen Betrieben helfen, diese Chance nutzen zu können. Dazu gehört die
454 Gewährleistung eines gentechnikfreien Anbaus in der Landwirtschaft, wo dies vor Ort gewünscht
455 wird, das Verbot von Patenten auf Leben und Lebensmittel sowie das Zurückdrängen minderwertiger
456 Ersatzstoffe durch verbindliche, klare Kennzeichnungsregeln, die für Verbraucher transparent sind.
457 Die damit zu erzielende Nachfragesteigerung nach heimischen Produkten würde unseren Landwirten
458 eine deutlich dauerhaftere Zukunftsperspektive eröffnen als staatliche Quotenregelungen und Min-
459 destpreise.

460
461 **Gentechnikfreie Landwirtschaft.** Die Politik muss die Sorgen der Bürger bei grüner Gentechnik
462 ernst nehmen und darf keine unnötigen Risiken eingehen. Deshalb sprechen wir uns gegen Freiland-
463 versuche bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln in Baden-Württemberg aus. Solange die Fragen
464 der Koexistenz und der Haftung gegenüber konventionell wirtschaftenden Betrieben und gegenüber
465 Biobetreibern noch nicht geklärt sind, haben derartige Versuche in unserer kleinteilig organisierten
466 Landwirtschaft keinen Sinn. Dabei fordern wir die Landesregierung auf, sich beim Bund dafür einzu-
467 setzen, dass Entscheidungen über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen, sofern dieser nicht
468 deutschlandweit verboten wird, künftig bei den Ländern liegen sollen.

470 IX. POLITIK FÜR UNS: LIEBENS- UND LEBENSWERTES BADEN-WÜRTTEMBERG.

471
472 **Die Herausforderung.** Auf den ersten Blick hat unser Land kaum gesellschaftliche Probleme. Die
473 Menschen im Südwesten sind nicht nur zufriedener als anderswo, sondern sie werden sogar nachweis-
474 lich älter. Damit das so bleibt, braucht unser Land in Zukunft aber Konzepte für den Umgang mit dem
475 demographischen Wandel, zur Stärkung der Familien und zum Erhalt der vielfältigen Verbands- und
476 Vereinskultur in Baden-Württemberg. Dafür stehen wir auch mit unserem christlichen Menschenbild.

477
478 **Demographie als Gemeinschaftsaufgabe.** Auch wenn Baden-Württemberg dank eines positiven
479 Zuwanderungssaldos aus anderen Ländern vergleichsweise geringe demographische Probleme zu er-
480 warten hat, besteht die Herausforderung in den kommenden Jahren darin, unser Land an die speziel-
481 len Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft anzupassen. Seniorengerechtes Wohnen, eine wohnort-
482 nahe Versorgung, barrierefreie Infrastruktureinrichtungen und medizinische Dienstleistungen rund
483 um die Uhr stehen deshalb auf der Wunschliste unserer Städte und Gemeinden. Die daraus resultie-
484 rende Kostenlawine wird das schon heute bestehende Ungleichgewicht zwischen jungen Beitragszah-
485 lern und alten Leistungsempfängern weiter verschärfen. Dieser Prozess lässt sich nach unserer Über-
486 zeugung nur dann abfedern, wenn in sozialen Gemeinschaften von der Familie bis zur Kommune wie-
487 der mehr Verantwortung füreinander übernommen wird. Nur so werden sich kostenintensive öffentli-
488 che Programme vermeiden und durch Privatinitiative ersetzen lassen.

489
490 **Familien fit halten.** Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft hängt auch in Zukunft von der Leis-
491 tungsfähigkeit der Familie als kleinster sozialer Einheit ab. Sie gewährleistet das Miteinander der Ge-
492 nerationen und die darin enthaltene Bereitschaft, füreinander einzustehen. In ihr findet die Vermitt-

493 lung wesentlicher Inhalte und die Erziehung auf der Basis des gesamtgesellschaftlichen Wertekonsen-
494 ses statt. Familien tragen in unserer Gesellschaft auch einen großen Teil der Belastung durch die Be-
495 treuung und Unterstützung hilfs- und pflegebedürftiger Angehöriger. Damit funktionsfähige Familien
496 auch noch in Zukunft die Basis des gesellschaftlichen Miteinanders bilden können, brauchen sie die
497 richtigen staatlichen Rahmenbedingungen. Dazu gehören nicht nur der besondere Schutz durch den
498 Staat und die Vermeidung der Gleichstellung mit anderen Partnerschaftsformen, sondern auch Bera-
499 tung und Unterstützung beispielsweise in der Kindererziehung, bei der Verwirklichung ambulanter
500 Pflegemodelle oder bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

501
502 ***Eigenverantwortung und Ehrenamt stärken.*** Freiheit und Gerechtigkeit erfordern den Mut des Ein-
503 zelnens sich für sich selbst und seine Gesellschaft einzusetzen, denn eine Gesellschaft lebt von Men-
504 schen, die mehr tun als sie tun müssten. Genauso wie wir daher die Eigenverantwortung im Wirt-
505 schafts- und Arbeitsleben stärken möchten, muss auch die Bereitschaft jedes Bürgers gefördert wer-
506 den, ehrenamtlich Verantwortung zu übernehmen. In Baden-Württemberg leben wesentliche Teile
507 des Rettungswesens und der Feuerwehr, des sportlichen und kulturellen Lebens, jede Form gemein-
508 nütziger Vereine sowie das politische Engagement vom selbstlosen Einsatz ehrenamtlicher Helferinnen
509 und Helfer aus allen Teilen der Bevölkerung. Wir setzen uns für die besondere Anerkennung und
510 Aufmerksamkeit des Ehrenamts durch die Menschen und insbesondere die Politik Im Rahmen der
511 Ganztageschule sollten daher nicht nur Vereine die Möglichkeit haben, an Schulen aktiv zu werden,
512 sondern auch Schüler die Möglichkeit bekommen, sich für Vereinstätigkeiten von der Ganztagesbe-
513 treuung- nicht jedoch vom eigentlichen Unterricht- befreien zu lassen.

514
515 ***Werbung für den Standort Baden-Württemberg.*** In einer Welt voller Werbung und weiterer Marke-
516 tingmaßnahmen muss auch Baden-Württemberg darauf achten, dass die Erfolge seiner Menschen und
517 Unternehmen in angemessener Art und Weise dargestellt werden. Im Wettbewerb mit den anderen
518 führenden Wirtschaftsregionen der Welt unterstützen wir daher die Fortführung der neu ausgeschrie-
519 benen Landeswerbekampagne und fordern die Landesregierung auf, gezielt auch im Ausland den Wis-
520 senschafts-, Wirtschafts- und Lebensstandort Baden-Württemberg zu bewerben. Der durch die baden-
521 württembergischen Gebührenzahler finanzierte SWR ist dabei aufgerufen, in seinen Beiträgen für das
522 ARD-Gemeinschaftsprogramm darauf zu achten, die Stärken unserer Heimat im Südwesten angemess-
523 sen darzustellen.